

Magistratus et cives

Leitfaden für „sach**un**kundige“ Bürger

Aufgrund vielfacher Nachfrage habe ich hier einmal vereinfacht dargestellt wie die Dinge in der Verwaltung ablaufen, wenn Sie eine „Bürgeridee“ haben.

Sehr geehrter Leser, sehr geehrte Leserin, wenn Sie bisher Entscheidungsprozesse in einer Kommune nie in Ihrer Komplexität und Geschwindigkeit verstanden haben, sollte Ihnen die folgende kleine Geschichte helfen.

Mit diesem Leitfaden werden Sie alle Anträge, Anfragen oder sonstige Kontakte zur Verwaltung direkt an die richtige Stelle bringen.

Zusätzlich habe ich zur besseren Orientierung auch noch alle **beteiligten Stellen / Fachbereiche / Ämter und sonstigen Entscheider** fett unterlegt.

Nehmen wir einmal an, Sie wären ein engagierter „**Bürger**“, der mit offenen Augen durch seine Heimatstadt geht und bereit ist, mit seinen Ideen einen Beitrag zur Entwicklung seiner Stadt zu leisten.

Dann könnte sich die folgende Geschichte ereignen:

Bei einem Spaziergang durch Ihre Innenstadt kommt ihnen spontan die Idee, einen der weniger schönen Innenstadt-Plätze umzugestalten, und Sie stellen sich sofort die Frage, wie könnte das geschehen?

Nun nimmt die Geschichte ihren Lauf und ist nicht mehr aufzuhalten. Aber fangen wir vorne an:

- Bei einem abendlichen Bier in Ihrer Stammkneipe sprechen Sie ihren politischen **Bezirksvertreter** an, der sich freut, endlich frei Haus eine Idee geliefert zu bekommen und sich flugs bei seinem **Sekretariat erkundet**, wo in seinem **Wahlbezirk** denn eigentlich dieser Platz sei?

Ebenso beauftragt er am nächsten Tag sofort den **Schriftführer** der **Bezirksvertretung** im **Fachbereich Bürgerservice**, den Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung setzen zu lassen, natürlich bevor die **Opposition** davon Wind bekommt.

- Prompt verabredet er schnell die **Regierungspartei** entsprechend in der Sitzung dann auch umgehend die **Verwaltung** mit der Planung zu beauftragen, und lässt schon einmal vorsorglich die noch unbekanntenen Inhalte beschließen.
- Natürlich gegen die Stimmen der empörten **Opposition**.
- Alles noch ohne die entsprechenden Finanzierungsmittel im **Haushalt**, da man aus Erfahrung ohnehin nicht mit einer Umsetzung rechnet.

Die Opposition formuliert jedoch noch in der Sitzung dem Schriftführer zur Niederschrift einen fast gleichlautenden Antrag, da sie ja eigentlich immer schon genau dieses Thema auf die **Tagesordnung** setzten wollte.

- Durch die **Presse** erfährt der **Aktivkreis Zentrenmanagement** von der Angelegenheit und wird sofort aktiv. Er verweist die Idee in

den **Arbeitskreis Gastronomie**, falls auf dem Platz Gastronomie stattfinden würde, in den **Arbeitskreis südliche Innenstadt**, da der Platz im Süden liegt, in den **Arbeitskreis „Ab in die Mitte“** für Sonderveranstaltungen mit **Landesförderung**, in den **Arbeitskreis Service**, und in den **Arbeitskreis Hotline**, falls Fragen zu dem Objekt kommen sollten.

- Zwischenzeitlich ist der Vorgang durch den **Fachbereich Bürgerservice** auch bei den oberen Verwaltungsstellen, dem **Beigeordneten des Baudezernates**, angekommen. Der beruft sofort eine Sondersitzung der **Geschäftsführer** ein und berät die Möglichkeiten, den Vorgang wegen fehlender Haushaltsmittel und mangelnder Kapazität zu verhindern, beauftragt aber zur Sicherheit gleichzeitig den zuständigen **Fachbereichsleiter Stadtplanung** mit der Projektdurchführung, falls es doch irgendwie weitergehen sollte.

- Der **Fachbereichsleiter** schreibt in seiner Not **alle Fachbereiche** an, in der Hoffnung vielleicht einen anderen **zuständigen Fachbereich** zu finden.

Da das natürlich nicht gelingt, finden nun innerhalb seines **Fachbereiches** hektische Abstimmungen zwischen der **Fachbereichsleiterkonferenz**, der **Abteilungsleiterrunde** und der **Projektleiterrunde** statt, und erreichen auf diesem Wege letztendlich zufällig in einer **Kaffeerunde** den entsprechenden **Sachbearbeiter**.

- Der fackelt nicht lange und gründet vorsorglich einen Arbeitskreis **„Großbaumaßnahmen**, da es sich hierbei sicherlich um ein gewaltiges Projekt handeln wird.

- Dies wiederum erfährt der **Fachbereich Marketing** und gründet den **Arbeitskreis „Marketing für Großbaumaßnahmen“**.
- Da der Fachbereich Marketing weiterhin zurzeit ohnehin die jährliche **Passantenbefragung** durchführt, soll zu diesem neuen unerwartetem Vorhaben auch einmal vorsorglich die **Bürgermeinung** eingeholt werden.

Begeistert können Sie sich dann daran ja auch beteiligen und Ihrem eigenen Plan zustimmen, und fragen wie weit die Planung denn zwischenzeitlich gediehen sei?

- Die Ergebnisse der Passantenbefragung landen jedoch - durch einen Irrläufer der Dienstpost - bei der **Info Handel AG** und der **Wirtschaftsförderungsgesellschaft**, daher beruft man beumgehend den **Arbeitskreis Ladenleerstand**, um zu untersuchen, ob im künftigen Platzbereich Ladenleerstand besteht.
- Ein gleichzeitig schnell beauftragtes **Handelsgutachten** kommt zu der Frage warum, wieso und weshalb eigentlich an dieser Stelle geplant werden soll?
- Inzwischen kommt aus dem **Arbeitskreis Hotline** die erste Anfrage: Ob denn auch eine Hotline **„Anliegerfragen“** eingerichtet werden sollte?

- Hierzu schaltet sich auch der **Arbeitskreis Internet** ein und veröffentlicht mehrere leere Seiten mit dem Hinweis, dass rechtzeitig zum Planungsbeginn hierzu Infos erscheinen werden.
- Diese leeren Seiten bringen die Mitglieder des **Arbeitskreis Kultur und Kreativität** auf den Plan, der anfragt, wieso die Kulturbereiche vergessen worden seien, und man noch keine detaillierte Planunterlagen zur Beratung im **Gremium „Kunst im öffentlichen Raum“** vorliegen hätte?
- Währenddessen sickert bei einem Smalltalk bei C&A, zwischen der Ehefrau **des „Bürgers“** und einer Verkäuferin, die Information auch an die Geschäftleitung durch, so dass sofort eine Sitzung des **Arbeitskreises „Große Häuser“** einberufen wird, da ja der Kaufhof, KiK und eben auch C&A schließlich nicht weit weg lägen und auch berücksichtigt werden müssten.
- Die Verwaltung, der **Fachbereich Marketing**, sagt zu, einen entsprechenden Bericht in der nächsten Sitzung der **Werbegemeinschaft** vorzulegen, leider gäbe es jedoch noch keinerlei Pläne und man werde jetzt eine entsprechende **Mahnung** an den Sachbearbeiter schicken.
- Eifersüchtig auf diese Alleinzuständigkeit der Werbegemeinschaft meldet sich der **Einzelhandelsverband**, die **IHK** und die **Interessengemeinschaft Nebenstraßen** mit dem Vorschlag, einen **Arbeitskreis Innenstadtakteure** zu gründen, in der dann alle gemeinsam beraten und entscheiden könnten.

- Die Verwaltung nimmt den Vorschlag auf, gründet jedoch erst einmal zur Vertiefung der Themen **Unterarbeitskreise**, um dann einmal im halben Jahr die Ergebnisse in einer **Sondersitzung** zu bündeln.
- .
- Leider führt dies jedoch dazu, dass keiner die Beratungen des anderen kennt, so dass man einen **Moderator** engagiert, der im Rahmen eines **Workshops** durch das sog. **Metaplanverfahren** herausfinden soll, was man eigentlich gemeinsam gewollt hätte?
- Um die hierdurch gewachsene Aufgabenfülle überhaupt noch bewältigen zu können stellt man einen hauptamtlichen **Citymanager** ein, der alle **Arbeitskreise** koordinieren soll. Damit er auch wirklich alle Informationen zeitnah mitbekommt, setzt man ihn mitten in das **Großraumbüro** der Fachabteilungen, damit er hier ungefiltert und direkt alle aktuellen **Informationen** gleichzeitig hören kann.
- Durch die Vielzahl dieser Informationen ergibt sich ein erster Vorschlag des **Citymanagers**: Einmal im Jahr eine „**Große Runde**“ mit dem **Oberbürgermeister**, der **Politik** und sonstigen Akteuren durchzuführen, damit alle einmal die Chance bekommen würden die Ideen des **Sachbearbeiters** vorgestellt zu bekommen.
- Inzwischen gibt es erste Überlegungen aus dem **Arbeitskreis Parkhäuser** die **Wegweisungsbeschilderung** und das **Parkleitsystem** zu ändern, um auf die neue Platzfläche hinzuweisen. Mittelfristig sollen auch entsprechend das

Parkraumkonzept in Verbindung mit dem **Mobilitätskonzept** angepasst werden.

- Im Baudezernat verbreitet sich Aufbruchsstimmung! Der **Arbeitskreis Radwegebau** schlägt vor, um den Platz zukünftig besser erreichen zu können, eine neue Fahrradachse mit roter Radwegpflasterung für **Beidrichtungsverkehr** und mit **Trennstreifen aus Noppenstein** zu entwickeln. Der Vorschlag muss allerdings noch dem **AK Barrierefreiheit** vorgestellt werden, da die Radwegführung mit der geplanten **Blindenleitspur in Rillenoptik** kollidieren könnte.

In einer Sondersitzung des **Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes** soll dann die letztendliche Planung festgelegt werden, um sicherzustellen, dass auch die Eingangsbereiche des Platzes mit **abgesenkten Bordsteinen** versehen werden, um auch für Rollstuhlfahrer geeignet zu sein.

- Durch die Planung des neuen Radweges und der Definition der Blindenleitspur muss jedoch auch der **Arbeitskreis SWK** der Städtischen Werke eingeschaltet werden, um zu prüfen wie weit der Abstand zur nächsten **ÖPNV-Haltestelle** ist und ob eventuell Gleise verlegt werden müssten?
- Da die Stadtwerke gerade dabei sind ihre **Großoffensive „barrierefreie und überdachte Haltestellen“** zu planen, kommt schnell die Idee auf, die Haltestelle und das Dach bis zu dem neuen Platz hin zu verlängern.

- Diese Überdachung würde allerdings ca. 345 m lang und sehr teuer.
- Da kommt die rettende Idee, die hohen Kosten durch eine **Photovoltaikanlage** auf dem Dach zu refinanzieren, wobei jedoch dann leider auch die parallel verlaufende Baumallee gefällt werden müsste, weil die ausfallenden Blätter die erwartete **Stromernte** reduzieren würden.
- Weitere Einsparungen könnte man noch durch Fördermittel aus dem **Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz** bekommen und im Übrigen sei diese Maßnahme im Vergleich zu den außerdem notwendigen Lärmschutzmaßnahmen noch relativ preiswert.
- Auf Anfrage bestätigt das zuständige **Autobahnamt** tatsächlich, dass das Rauschen der Autos von der nahe gelegenen Schnellstraße die Aufenthaltsqualität auf dem Platz zukünftig empfindlich stören könnte.
- Daher wird die **Verkehrsabteilung** gebeten, Lösungsvorschläge zu unterbreiten. Ein erster Vorschlag sieht vor, den Platz um fünf Meter abzusenken, damit die Geräuschkulisse einfach darüber hinweg fegt.
- Leider gibt es dagegen Proteste der zukünftigen **Marktbeschicker**, da man ausgerechnet hat, dass eine Rampe bei der zulässigen Neigung von maximal drei Prozent erst in der nächsten Nebenstrasse wieder auf der Nullebene wäre.
- Der nächste Vorschlag – eine dreifach **gekrümmte konkave Lärmschutzwand** - wird leider aus Kostengründen abgelehnt, so

dass man sich schließlich für eine Temporeduzierung von 70 km/h auf 50 km/h einigt. Da dann aber die bisherig grüne Welle nicht mehr zu den Ampelphasen passt, entscheidet man sich vor jeder Ampel zusätzlich Bodenwellen einzubauen.

- All diese gesammelten Einwände und Vorgänge führen schließlich zur **Wiedervorlage** im **Aktivkreis Zentrenmanagement**, der jedoch schon mit großem Ärger vor Sitzungsbeginn aus der **Zeitung** die Beratungsergebnisse der **nichtöffentlichen Sitzung des Planungsausschusses** erfährt, in dem beschlossen worden sein soll, eine Sitzbank mit großformatigen Blumenkübeln auf den Platz zu stellen.
- Hierdurch alarmiert tagt sofort der **Kriminalpräventive Rat** in großer Runde und entscheidet, einen **Arbeitskreis „Angst-Räume“** unter besonderer Prüfung frauenspezifischer Belange und Einschaltung der **Gleichstellungsbeauftragten** zu gründen.
- Zudem wird erbost der Sachbearbeiter angeschrieben und um **Stellungnahme** gebeten, warum er eigenmächtig gehandelt hat! Vorsorglich wird auch schon einmal ein **Mahnschreiben** an den Beigeordneten vorbereitet.
- Aber der Vorgang ist zwischenzeitlich sowieso schon auf dem Dienstweg im **Büro des Oberbürgermeisters** angekommen, mit der Frage, ob die spätere Einweihung schon terminlich eingeplant sei?
- Der Referent vergisst natürlich nicht, auch eine kurze Notiz an die **Gesellschaft für Abfallentsorgung** zu senden, mit der Bitte das

Thema in der nächsten **Reinigungs- und Innenstadtkonferenz** zu behandeln und über die **Sauberline** Hotline und im **Lokalradio** darauf hinzuweisen, zukünftig den neuen Platz nicht zu verschmutzen.

- Da zwischenzeitlich fast ein Jahr vergangen ist, findet die jährliche geplante **Marketingbeiratssitzung** statt, mit der Idee, auf dem Platz ein - zum **Image** der Stadt - passendes besonders großes **Kunstwerk** aufzustellen.
- Diese neue Entscheidung führt jedoch dazu, dass im **Ämterumlauf** des Sachbearbeiters festgestellt wird, dass durch das Kunstwerk die durch das **Grünflächenamt** geplanten Mammutbäume mit 5 m x 5 m großem Baumbeet und Jägerzauneinfassung dann nicht mehr passen würden.
- Schnell wird daher, in einer ersten Sitzung des zuständigen **Ausschusses „Kunst im öffentlichen Raum“**, empfohlen, die Bäume einseitig zu beschneiden, um Platz zu schaffen und gleichzeitig ein Spannungsfeld zwischen Kunstwerk und Baum entstehen zu lassen.
- Da auch in der Verwaltung, in einer Krisensitzung des **Beigeordneten für Bauen**, des **Fachbereichsleiters Marketing** und des **Fachbereichsleiters Stadtplanung**, keine abschließende Einigung in dieser schwierigen Detailfrage herbeigeführt werden kann, entscheidet man sich, die ortsansässige **Hochschule für Design** mit einem generellen **Gestaltungskonzept** zu beauftragen

- Dies führt jedoch zu einem Aufschrei bei dem hier übergangenen **Beigeordneten für Grünflächen**, der seine Zuständigkeit reklamiert, und sofort eine **Lenkungsgruppe „Platzgestaltung im Spannungsfeld zwischen Ökologie und Kunst“** initiiert.
- Die gab es jedoch noch nie, so dass erst der **Fachbereich Verwaltungssteuerung und Service** beauftragt werden muss, hierzu eine 50-seitige **Dienstanweisung und Durchführungsverordnung** zu verfassen.
- Unerwartet wird der Fall jedoch dann unbürokratisch durch einen Ortstermin der Bezirksverordneten mit den **Anwohnern** gelöst, indem man zwischen Kunstwerk und Baum, die - zwischenzeitlich durch den Kriminalpräventiven Rat abgesegnete Bank - stellt, mit der Entscheidung für diesen „Angstraum“ einen Mitarbeiter des **Kommunalen Ordnungsdienstes** täglich auf dieser Bank sitzen zu lassen, um den Aufenthalt von Nichtsesshaften über 10 Minuten Verweilzeit zu verhindern. Obwohl die **Polizeistatistik** für den zukünftigen Platz noch keinen **Kriminalitätsschwerpunkt** auflistet, entscheidet man sich weiterhin vorsorglich Kameras zu installieren.
- Hierbei müssen jedoch strenge Regeln beachtet werden:
Schilder und Aufkleber müssen auf die Kameras hinweisen, damit **„freie Bürger“** unter Umständen - zum Beispiel mit einer Aktentasche - ihr Gesicht beim Betreten des Platzes bedecken können.

- Nachdem zwischenzeitlich der Sachbearbeiter alle Rückläufe aus dem **Ämterumlauf** eingearbeitet hat, ist die Planung endlich abgeschlossen und seitens der **Kämmerei** werden die Haushaltsmittel eingestellt. Einem schnellstmöglichen Baubeginn steht somit nichts mehr im Wege.
- Doch da entdeckt ein fleißiger Ratsherr, dass es sich bei der Beschlussfassung - aufgrund der Platzgröße und der allgemeinen städtebaulichen Bedeutung - nicht um eine **bezirksbezogene**, sondern um eine **übergeordnete** Angelegenheit handele, und somit der **Hauptausschuss** zuständig sei.
- Schnell einigen sich jedoch im Hauptausschuss **Opposition** und **Regierung** darauf, den Entwurf gemeinsam zu beschließen, um dem Bürger endlich einmal zu zeigen: „in der Sache ziehen wir zum Wohle der Stadt an einem Strang“.
- Aufgrund des **Vielparteiensystems** meldet sich jedoch der Vertreter der Partei **die „Sonnenanbeter“** mit der Forderung nach Kompensation, wenn er ebenfalls zustimmen solle.
- Nach harten Verhandlungen kommt man schließlich überein, ihm im Rahmen einer **Sondernutzung im öffentlichen Raum** eine Fläche zwischen halbem Baum, Abfallbehälter und Sitzbank als Liegefläche zur **„dauerhaften Nutzung“** anzubieten.
- Kurzum, am Ende entscheidet der Ausschuss diesen leicht geänderten Plan und ist stolz, dem Bürger das fertige Werk als gemeinsame Ausschussarbeit zu präsentieren. Es ist Eile geboten,

da der alle fünf Jahre erscheinende **Verwaltungsbericht** gedruckt werden soll, in dem man zum Wahltermin zeigen könnte, wie schnell und einfach Zukunftsentscheidungen getroffen wurden.

- Dieses Verfahren lassen die **Bezirksvertreter** natürlich nicht auf sich sitzen und rufen den **Stadtrat** zur Schlichtung in der Angelegenheit der Entscheidungskompetenzen an.
- Der entscheidet, den Platzbereich zu halbieren, so dass die Vorstellungen aller Beschlussorgane umgesetzt werden könnten.
- Aber die **Bezirksverordneten** sind trotzdem immer noch sauer über die Anmaßung des **Planungsausschusses** und reklamieren daher, unter Bezug auf die in der **Bezirkssatzung** geregelten Zuständigkeiten, zumindest die Namensfindung für sich.
- Man entscheidet daher, dem 100 Jahre tradierten, bisherigen Platznamen einen **aktuellen, prominenten Bezug** zu geben, zumal neue Forschungen ergeben haben, dass der bekannte Rennfahrer Caracciola – geboren in der Nachbarstadt Remagen - auf dem Weg zum Einkaufen mit seiner Mutter, immer im Bobby Car über den Platz gefahren sei und dementsprechende Spuren hinterlassen habe.
- Diese Spuren könnte man mit **Edelstahl Linien** auf dem Platz sichtbar werden lassen, um diesem (beinahe) Bürger der Stadt gerecht zu werden.

- Gleichzeitig könnte hierdurch die Stadt quasi auch neu „entdeckt“ werden, alte Zöpfe abgeschnitten und neue Interpretationen über die heutige Zeit marketingtechnisch entwickelt werden.
- So kommt es: Der Platz soll die Hausnummer Caracciolaplatz Nr. 1 bekommen, wobei die umliegenden Häuser natürlich ihre alten Hausnummern behalten sollen, damit auch weiterhin eine **postalische Zustellung** gewahrt bleibt.
- Bekannt als Nörgler und Beschlussverhinderer so mancher politischen Gedankenblitze gibt das **Bezirksverwaltungsamt** hierzu jedoch eine negative Stellungnahme, da laut Gesetz jeder Hausnummer immer auch ein Gebäude zugeordnet werden muss.
- In dieser verzwickten Lage kommt spontan der **Fachbereich Liegenschaften** mit der Information ins Spiel, hier sei einmal vor der Eingemeindung des Stadtteiles eine **Gemeinbedarfsfläche „Neue Mitte“** gewesen, so dass es sicherlich gelingen würde, den mittleren Platzstein in eine **Gemeinbedarfsfläche „Mittelstein“** umzuwandeln, um hier einmal **Baurecht** schaffen zu können.
- Fix wird ein **sachkundiger** Mitarbeiter aus der **Bebauungsplanabteilung** beauftragt, einen Abgleich mit den Bestimmungen des **Regionalplanes** und dem **Flächennutzungsplan** durchzuführen, um dann die notwendige **frühzeitige Bürgeranhörung** für einen **vorhabenbezogenen Bebauungsplan** durchzuführen.

- Aus der Presse erfahren zwischenzeitlich die Mitglieder des **Gestaltungsbeirates** von den Plänen und dass sie auch hätten beteiligt werden müssen, so dass sie sofort hektisch eine Sondersitzung einberufen.
- Mit rotem Kopf erklärt die Verwaltung, dass es sich hier eigentlich nur um eine untergeordnete Gestaltungsmaßnahme außerhalb der **Zuständigkeit** handele, hilfsweise hätte man jedoch davon gehört, dass ein Eigentümer in Platznähe seine **Dachgaube** verändern wolle und in diesem Zusammenhang gäbe es sicherlich auch eine Möglichkeit, die Pläne im **Gestaltungsbeirat** zu zeigen.
- Durch den entsprechenden Antrag beim **Bauordnungsamt** auf Dachgaubenumbau wird auch die **untere Denkmalbehörde** auf den Plan aufmerksam, da in 150 m Luftlinie ein eingetragenes Denkmal steht und nun ein entsprechender **Abwägungsvorgang** über die allgemeine **kulturhistorische Bedeutung** des Platzumfeldes durchgeführt werden müsse.
- Bei einem kurzfristig folgenden Ortstermin mit dem **übergeordneten zuständigen Rheinischen Amt für Denkmalpflege** wird bei einem zufälligen Blick auf den Boden ein „historischer“ Stein entdeckt, der als Abzweig eines ehemaligen römischen Wanderweges angesehen werden könnte, und damit als **Bodendenkmal** eingetragen werden müsste.
- Um bei diesen neu aufgetretenen Komplikationen den Bauablauf nicht zu verzögern legt der **technische Beigeordnete** jedoch sofort Beschwerde gegen das Bodendenkmal beim **Städtebau-Minister** ein, um den Fertigstellungstermin nicht zu gefährden.

- Insgesamt wird nach diesen Vorgängen jedoch auch deutlich, dass sich durch die Einbeziehung der Dachgaube, der Sitzbank und des halben Baumes die Komplexität der Baumaßnahme enorm erhöht hat, so dass jetzt auch der Ruf der anliegenden **Einzelhändler** nach einem **geordneten Bauablauf** bei geringst möglicher Störung der anliegenden Geschäfte immer größer wird.
- Der **Oberbürgermeister** gibt der Forderung schließlich nach und befördert den Sachbearbeiter zum **Baustellenkoordinator**. In spannender Erwartung schreibt der sofort auf dem **Dienstweg** seinen Vorgesetzten wegen einer neuen **Arbeitsplatzbeschreibung**, einer **Fortbildungsmaßnahme** und einer entsprechenden **Verfügung** an, was er denn jetzt eigentlich darf und soll?
- Inzwischen hat die **Politik** die **Presse** zu einem Orts- und Fototermin eingeladen, um den Bürgern endlich einmal den Fortschritt der Baumaßnahme zu dokumentieren.
- Da **Sie** natürlich nicht eingeladen wurden, könnten Sie an dieser Stelle einfach den Sachbearbeiter anrufen, um sich nach dem Stand der Dinge zu erkunden?
- Der hat keine Ahnung von dem Termin und begibt sich sofort zum **Teamsprecher**, der wiederum zum **Sachgebietsleiter**, der zum **Abteilungsleiter** und der zum **Fachbereichsleiter**. Man stellt unisono fest, dass es sich hier wohl um einen unabgestimmten **Alleingang** der **Politik** gehandelt hat und ruft schnell über Handy

die **örtliche Tiefbauleitung** an, um für den Fototermin zumindest eine kleine Fläche aufzureißen, was sie jedoch - wie gewohnt eigenmächtig - schon längst gemacht hat.

- Immer noch aufgebracht über den Alleingang der Politik, trifft der **Fachbereichsleiter Stadtplanung** auf dem Weg zur **Geschäftsbereichskonferenz** seinen Kollegen aus der **Kanalabteilung**, der ihn davon unterrichtet, dass man im übrigen in dem besagten Bereich eine Kanalsanierung in offener Bauweise vorhabe, mit anschließendem kostenpflichtigen **Kanalhausanschlusszwang**, da das **Umweltamt** aus dem gesamten Gebiet inzwischen eine **Wasserschutzzone** gemacht habe.
- Völlig ohne Kenntnis dieser schwierigen Entscheidungsprozesse und vor allen Dingen **ohne** Beteiligung beim Ämterumlauf räkelt und streckt sich eines schönen Sommertags morgens ein Trieb des seltenen „Wiesenschaumkrautes“ aus der gerade frisch gebaggerten Baugrube.
- Das spricht sich schnell herum und holt die **Naturschützer** auf den Plan, die umgehend einen Antrag an das **Umweltamt** und **den Landschaftsbeirat** auf Baustellenstopp stellen, um eine Unterschutzstellung und Dokumentation dieses Naturereignisses zu fertigen.
- Das **Ratsamt** - noch nicht informiert über diese neue Wendung - versendet zeitgleich jedoch gerade die Einladungen für die offizielle

Platzeinweihung mit dem **Oberbürgermeister** und der gesamten **Stadtprominenz**.

- Jetzt spitzen sich die Ereignisse zu!
- Das Rednerpult und die Lautsprecheranlage werden gerade aufgebaut, als der Fachbereich **Umwelt** die Verfügung zur **Unterschutzstellung** des Wiesenschaumkrautes fertig hat und den Sachbearbeiter beauftragt, schnellstmöglich zur Baustelle zu fahren, um den Bagger anzuhalten.
- Der Sachbearbeiter rennt zum Vorzimmer, um sich ins **Abwesenheitsbuch** einzutragen, schaltet ordnungsgemäß seine **Telefonweiterleitung** ein und schreibt in seinem **E-Mail Abwesenheitsclienten** eine Begründung, warum er eilig weg und wann er wieder zu erreichen sei.
- Er nimmt den Autoschlüssel, greift zum Fahrtenbuch seines **dienstanerkannten PKW`s** und stellt mit Schrecken fest, dass er bereits sein **Kilometer Limit** überschritten hat.
- In seiner Not rennt er schnell zur **Verwaltungsabteilung**, um einen Antrag auf Bereitstellung **außerplanmäßiger Mittel** zu stellen, damit sein Kilometerlimit erhöht werden kann.
- Die Verwaltungsabteilung erkennt mit professionellem Blick die Notsituation, leider ist jedoch die entsprechende **Haushaltsstelle** bereits ausgereizt. Der **Verwaltungsbeamte** gibt so schnell nicht auf, ist kreativ und hilfsbereit, und verspricht sich darum zu kümmern. Schnell stellt er einen Antrag im nächsten

Haushaltsjahr aus einer anderen Haushaltsstelle einen **gegenseitigen Deckungsvorschlag** einzubringen.

- Turnusmäßig bereitet man sich derweil im städtischen **Fuhrpark** darauf vor, die nächsten Reinigungsinterwalle und Standorte festzulegen, mit höchster Priorität für den neuen Platz, um einerseits den Platz blitzblank für die Eröffnungsfeier zu machen und andererseits die gerade eingeschlämmten Fugen wieder leer zu saugen.
- Derweil werden auch - initiiert aus dem **AK Öffentlichkeitsarbeit**
 - die Scheinwerfer aus dem Landesprogramm „**Anstrahlung öffentlicher Gebäude**“ eingeschaltet und punktgenau auf die Platzfläche gerichtet.
- So geschieht es, dass von **Osten** die **Kehrmaschine** - zwar nur mit Tempo 10 - aber unaufhaltsam und mit lautem Rotieren der Reinigungsbürsten in den Platz einbiegt.
- Von **Süden** nähert sich frohen Mutes der Vertreter des Naturschutzbundes mit der offiziellen **Urkunde** zur Eintragung des Platzes in die **Faun Flora Habitat Liste**, um gemeinsam mit dem erwarteten Sachbearbeiter aus dem **Umweltamt** den Platz als „einzigsten Platz“ in Deutschland mit eingetragendem Wiesenschaumkraut zu begutachten.
- Tatsächlich kommt von **Norden** pflichtbewusst der heiß erwartete **Sachbearbeiter**, zwar illegal und mit seinem eigenen PKW, aber noch auf der verzweifelten Suche nach einem Parkplatz, da seine

Sondernutzungsgenehmigung für den öffentlichen Raum gerade als **Sparmaßnahme** eingezogen wurde.

- Von **Westen** schließlich kommt ein Vertreter des **Gesamtpersonalrates**, unterstützt durch den **Örtlichen Personalrat** zur Ortsbesichtigung, da der Sachbearbeiter/Baustellenkoordinator inzwischen die **Schlichtungs** und **Konfliktlösungsstelle** eingeschaltet hat, um endlich zu wissen, was er tun soll und wieso er nie beteiligt wird.
- Als alter erfahrener Hase hat der Citymanager natürlich die Zuspitzung der Geschehnisse vorausgeahnt und schnell aus dem sogenannten **Feuerwehrtopf** (Haushaltsmittel für Unvorhergesehenes) farbig bepflanzte Blumenkübel geordert, und damit den Bagger eingerahmt, um zumindest eine schönes Bild für den Fototermin zu erzeugen.
- Von alledem erfährt der **Oberbürgermeister** nichts, und er nähert sich mit großem Tempo dem Geschehen, schaut gewissenhaft noch einmal in die Textpassagen seines Redenschreibers und ist sich voll der Bedeutung des Augenblickes bewusst. Bevor er den Platz betritt, rückt er zufrieden seine Amtskette in die richtige Form und hebt den Blick in Richtung Scheinwerfer, um die ersten Pressefotos zu erwarten.
- Derweil lehnt sich der Bauarbeiter der **Kanal-Abteilung** gemütlich auf seine Schaufel, und Sie könnten ihn fragen, warum die Fertigstellung verschoben werden musste? Derweil schlägt mit

lautem Tackern der Spezialbagger die Spundwände in den Boden, um den Kanal freizulegen

- Und der **Arbeitskreis Controlling** fragt verzweifelt, wieso er wieder einmal nicht beteiligt wurde.

Am gleichen Tag schreibt der Sachbearbeiter/Baustellenkoordinator wiederholt seinen Vorgesetzten an, wo seine Verfügung bliebe, da es jetzt dringend Notwendigkeit sei, einmal alle Akteure zu einem **Runden Tisch** einzuladen, um vorsorglich ein mögliches Baustellenchaos zu vermeiden.

Hierzu ist es leider dann wegen des **Rentenantrages** des Sachbearbeiters nicht mehr gekommen, aber für Sie lieber Leser, liebe Leserin dürften sicherlich einige **Entscheidungswege** und **Fachbegriffe** für Ihren nächsten Umgang mit einer Behörde endlich nachvollziehbar geworden sein?